

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 36.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447—51

Nr. 29

Hamburg, den 16. Juli 1920

5. Jahrg.

Inhalt:

Die deutsche Seeschifffahrt nach dem Vertrage von Versailles	Seite 413
Länder-Berichte:	
Rußland	„ 415
England	„ 418

Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Geld und Kapital	Seite 420
Schifffahrt und Schiffbau	„ 421
Rohstoffe und Warenmärkte	„ 422
Neueingänge	„ 423

Die deutsche Seeschifffahrt nach dem Vertrage von Versailles *)

V. Wirtschaftliche Folgerungen

Die Rückwirkungen dieses Eingriffes in Bestand und Schicksal der Handelsflotte auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben sind erschütternd und im Rahmen dieser zusammenfassenden Darlegung nur in großen Umrissen anzudeuten.

Je mehr Deutschland an der Weltwirtschaft Anteil nahm, desto mehr wurde es auf seine überseeischen Verkehrsmittel angewiesen. Ein Volk von 70 Mill. Menschen konnte auf dem sich nicht selbst genügenden deutschen Boden nur dann erhalten werden, wenn ein unablässiger Warenstrom aus der Fülle überseeischer Länder stattfand, der wiederum nur durch ununterbrochene Ausfuhr heimischer Produktionsergebnisse ermöglicht werden konnte. Diese Beförderungstätigkeit der deutschen Handelsflotte ward zugleich zu einem wichtigen Aktivposten der deutschen Zahlungsbilanz. Wie stark Deutschland wirtschaftlich auf Zufuhren vom Auslande angewiesen war, geht daraus hervor, daß unsere Warenbilanz 1913 mit einer Summe von 672,5 Mill. M zu unseren Ungunsten abschloß. Daß trotzdem die Zahlungsbilanz einen Überschuß für uns ergab, ist nicht zum wenigsten der deutschen Seeschifffahrt zuzuschreiben, die allein im Jahre 1913 eine Rohfrachteinnahme von 1—1¼ Milliarden Goldmark ergab. Eine Umrechnung auf heutige Verhältnisse, die leider nur als „Laboratoriumsversuch“ möglich ist, würde bei Zugrundelegung einer durchschnittsweise zu errechnenden Frachterhöhung um das Siebenfache und einer Entwertung der Papier-

mark gegen die Goldmark um das Achtfache, die geradezu gigantische Summe von ungefähr 55—65 Milliarden ergeben. In diesen Ziffern liegt zugleich eine starke Argumentation für die von Deutschland erhobene Forderung, man solle ihm einen Teil seiner Handelsflotte wiedergeben.

Die Erfahrungen, die Deutschland seit Abschluß des Waffenstillstandes hat machen müssen, sind viel zu ernst, als daß man ihm zumuten könnte, auf sentimentale Regungen unserer bisherigen Gegner zu rechnen. Aber darüber ist das Erstaunen namentlich in Kaufmannskreisen groß, daß sie auf diesem Gebiete nicht bessere Rechner sind. Ein Teil der für die Überseefahrt geeigneten Handelsflotte würde genügen, um Deutschland sehr erhebliche Wiedergutmachungsleistungen zu ermöglichen. Es kommt hinzu, daß die Entente nicht im Entferntesten in der Lage ist, den Deutschland entzogenen Schiffsraum sachgemäß zu verwerten. Wie ein Teil der deutschen Lokomotiven, die für den französischen Bahnoberbau zu schwer sind, nutzlos verrosten, so verkommt ein nicht unbeträchtlicher Teil deutschen Schiffsraums in allerlei Häfen der Welt, weil es an der Besatzungs- und Betriebsmöglichkeit mangelt. Und gleichzeitig liegen in vielen vom Kriege nicht berührten Produktionsstätten Stapel von Gütern aller Art, die auf den Abtransport nach den Konsumgegenden warten. Je weiter die Naturwissenschaft vorgeschritten ist, destomehr hat man staunend erkannt, daß keine Funktion des menschlichen Körpers ohne innere oder äußere Schädigung entbehrt werden kann. Die Lehre von der Weltwirtschaft zeigt ganz ebenso, daß künstliche Ausschaltungen natürlich entstandener Wirtschaftsfaktoren den Gesamtmechanismus gefährden. Der fein ersonnene Plan Englands, Deutschland zum wenigsten für die Hochkonjunkturperiode der Nachkriegszeit vom Weltmarkt fernzuhalten, rechnet nicht genügend mit diesen unabänderlichen Tatsachen des Ineinandergreifens der weltwirtschaftlichen Funktionen. Schaltet man Deutschland aus, so fehlt ein wichtiges Zahnrad im Getriebe der Welthandelsmaschinerie und Stockungen und Störungen sind

*) Eine Zuschrift aus dem Leserkreise veranlaßt mich darauf hinzuweisen, daß die am Schlusse meines vorigen Aufsatzes („W.-D.“ Nr. 24) erwähnte Tatsache des schnelleren prozentualen Wachstums der deutschen Handelsflotte selbstverständlich nicht dazu führen darf, die beträchtlichen Verschiedenheiten in den Größenverhältnissen und dem absoluten Tonnagezuwachs des englischen und deutschen Schiffsbesitzes zu übersehen. Englands Dampferbestand betrug vor dem Kriege nahezu das Vierfache, sein absoluter Tonnagezuwachs (im Durchschnitt des letzten Friedensjahrzehntes) annähernd das Dreifache des deutschen, ein Mehr, aus dem der kräftige Fortschritt der englischen Handelsflotte umso deutlicher hervorleuchtet, als der englische Bevölkerungszuwachs, der bei diesem Vergleich nicht unberücksichtigt bleiben darf, erheblich geringer als der Deutschlands war. Zu einer berechtigten Furcht Englands vor dem Wachsen der deutschen Handelstonnage lag also kein Anlaß vor.

unvermeidbar. Wenn die Ententestaaten glauben, jetzt zu einer Zeit der Wiederanbahnung friedlicher Handelsbeziehungen, das Land, das an zweiter Stelle aller seefahrenden Nationen stand, das in den letzten Jahren vor dem Kriege — nach ungefähre Schätzung — $\frac{1}{7}$ bis $\frac{1}{8}$ der gesamten zur See bewegten Gütermenge beförderte, entbehren zu können, so ist das ein Beweis dafür, daß die Nachwirkungen der Kriegspychose sie noch nicht zu ruhiger wirtschaftlicher Überlegung haben kommen lassen.

Aber auch die Sonderbetrachtung der deutschen Verhältnisse zeigt, daß der uns verbleibende Rest der Handelsflotte in keiner Weise genügt, um den dringendsten Erfordernissen unserer Volkswirtschaft gerecht zu werden. In der amtlichen Denkschrift, die die deutsche Schiffsdelegation dem Maritime Service in London überreicht hat, ist errechnet, daß Deutschland allein für den Küstenverkehr und den knapp bemessenen Mindesteinfuhrbedarf der deutschen Eisenindustrie an schwedischen Erzen zusammen etwa 650 000 Br. R. T. Schiffsraum benötigt, während aus dem uns verbleibenden Rest der Handelsflotte kaum 300 000 tons verfügbar sind.

In einer zweiten Denkschrift hat die deutsche Regierung es unternommen, Zahlenangaben zu machen über den auf dem Seewege zu deckenden Einfuhrbedarf Deutschlands im neuen Wirtschaftsjahr. Im Bewußtsein der vorhandenen technischen Schwierigkeiten einer solchen Aufstellung und unter Beschränkung auf das unter allen Umständen notwendige Mindestquantum hat man folgende Zahlen gegeben, die in ihrer Gesamtheit etwa ein Viertel des Betrages im Jahre 1913 ergeben:

Nahrungs- und Futtermittel ...	4 500 000 t
Düngemittel	300 000 "
Stein- und Braunkohle	keine
Mineralöle	550 000 "
Erze	5 600 000 "
Holz	1 000 000 "
Textilien	500 000 "
Häute, Felle, Leder	150 000 "
Sonstige Einfuhr	1 000 000 "
Zusammen	13 600 000 t

Diese mit äußerster Gewissenhaftigkeit, nach endlosen Ressort- und Sachverständigenberatungen aufgestellte Liste stellt das Mindestprogramm dar für das, was die deutsche Handelsflotte leisten müßte, wenn sie unserer ausgehungerten Bevölkerung die notwendigsten Lebenserhaltungsmittel, unserer Industrie die unerläßlichen Rohstoffe heranfahren soll. Jede Tonne, die wir unserer Volkswirtschaft mit fremdem Schiffsraum zuführen müssen, schädigt — um die Frage nur vom Standpunkt unserer Gegner zu betrachten — Deutschlands Leistungs- und Wiedergutmachungsfähigkeit auf das empfindlichste.

Um den Tatbestand mit wenigen Zifferangaben zu charakterisieren, sei an folgendes erinnert: Vor dem Kriege stand einem Überseeverkehr der deutschen Kauffahrteischiffe von 47,9 Mill. Br. R. T. ein Bedarf der deutschen Wirtschaft von 53½ Mill. Br. R. T. gegenüber. Es ergab sich also schon damals ein Passivum von rund 5 Mill. Br. R. T., das sind 10 % des deutschen überseeischen Schiffsverkehrs. Heute steht dem durch die Notwendigkeiten der auf Wertevernichtung eingestellten Kriegsproduktion und die unerbittliche Härte der Waffenstillstands- und Friedensbedingungen völlig verarmten Deutschland ein Schiffsraum von insgesamt etwa 300 000 Br. R. T. zur Verfügung. Und dieser Schiffsraum kommt für den Transport der vorgenannten Bedarfsartikel, die zum ganz überwiegenden Teil aus fernegelegenen überseeischen Gebieten herangeholt werden müssen, nur in äußerst beschränktem Umfange in Frage. Um auch den leisesten Verdacht einseitiger Übertreibung zu vermeiden, sei hier der Schiffsbedarf für die Erzfahrt einmal völlig außer Ansatz gelassen, obgleich

die Darlegungen der Schiffsdelegation an den Maritime Service erwiesen haben, daß wir nicht einmal diese Aufgabe mit eigenem Schiffsraum erfüllen können. Daraus ergibt sich jedenfalls, daß für die übrigen 8 Mill. Gewichtstonnen einzuführender Güter Deutschland vollständig auf fremden Schiffsraum angewiesen sein würde.

Auf finanziellem Gebiet bedeutet dies eine Belastung der deutschen Volkswirtschaft, die sich bei einem Durchschnitt transoceanischer Fracht von 100 s für die Gewichtstonne und einer Parität 1 £ = 155 M auf 6 Milliarden M beziffert.

Auch hier wieder werden die Zahlenangaben nicht ohne inneres Widerstreben gemacht, sind sie doch nur ein sehr unvollkommenes Ausdrucksmittel für die Größe wirtschaftlicher Not, die Deutschland durch die Entziehung seiner Handelsflotte trifft. Ein Blick in die Schiffsanzeigen der Tageszeitungen und mehr noch eine Fahrt durch den Hamburger Hafen läßt den Umfang der gewaltsamen Überfremdung erschreckend klar erkennen, und die Not der Zehntausende erwerbsloser Seelente kündet dumpfgrollend die furchtbaren Folgen dieses gewaltsamen Eingriffs in Deutschlands wirtschaftliche Betätigung.

Mit Nachdruck muß immer wieder hervorgehoben werden, daß es sich hier nicht um Sorgen und Bedürfnisse eines einzelnen Berufsstandes handelt, sondern daß das Lebensinteresse der ganzen deutschen Volkswirtschaft bedroht ist. Bis in die entlegensten binnendeutschen Produktionsstätten hinein wird die finanzielle Belastung durch diese dem Auslande zwangsweise zu entrichtende Tributpflicht erschreckend deutlich spürbar werden. Seit dem französischen Kriege ging die Entwicklung der deutschen Wirtschaft mit stark erkennbarer Umstellung dahin, Deutschland aus einem sich selbst genügenden Gebiet vorwiegend landwirtschaftlicher Betätigung zu einer von überseeischen Rohstoffen und ausländischen Absatzgebieten abhängigen Werkstätte zu machen. Wenn nun der wichtigste Verkehrsweg durch den Schlagbaum auswärtiger Tonnagebenutzung abgesperrt wird, dann muß die gesamte deutsche Produktion einer einschneidend wirkenden Hemmung und Verteuerung anheimfallen, deren Ausmaß noch unabsehbar ist. Es hätte kaum ein wirksameres Mittel gefunden werden können, um die rastlose Betätigung der deutschen Industrie zu einem sehr wesentlichen Teil lahmzulegen, ständig zunehmende Arbeiterentlassungen und wachsendes Massenelend heraufzuführen.

Aber diese Andeutung materieller Wirkungen gibt nicht das ganze Bild grauenhafter Wertevernichtung. Als 60-Millionenvolk, eingekeilt auf engem Gebiet, brauchen wir Expansionsmöglichkeiten friedlicher Art, wenn wir nicht von dem innerlich wirkenden Druck zerrissen werden sollen. Nicht um zu herrschen, sondern um dem Ganzen der Weltwirtschaft zu dienen. Die Seeschifffahrt war ein Gebiet, auf dem Deutschland in der Arbeitsgemeinschaft der Nationen seine besondere Begabung erwiesen hatte. Wenn wirklich auch nur ein Bruchteil der volltönenden Phrasen und weltgeschichtlichen Gesten der „big four“ in Paris von Völkerbund und gemeinsamer Wiederaufbauarbeit ernst gemeint war, dann müßte eine kluge Organisation weltwirtschaftlicher Betätigung uns auf diesem unserm Sondergebiet zu neuer Tätigkeit heranziehen. Die im eigentlichen Sinne ungenutzte Organisation unserer großen deutschen Reedereien und die qualvoll ertragene Untätigkeit unserer Handelsschiffsoffiziere und Besatzungen läßt den ganzen Widersinn dieser Zwangsmaßnahmen erkennen. Ein Widersinn, so unfassbar und unerklärlich, daß er späteren Geschlechtern auf einer Stufe mit den Handlungen finstersten Barbarentums erscheinen wird.

Der lebendige Strom wechselseitigen Gebens und Nehmens dem Auslande gegenüber ist verschüttet. Wie viele Werte, die sich der Erfassung durch die Handelsstatistik entzogen, trugen deutsche Schiffe hinaus in fremde Länder und brachten sie zurück zum heimischen Hafen. Geschichtliche und geographische Forschung, Studien zur Völkerpsychologie und Meereskunde, Ausgrabungen längst verschwundener Kulturen, Erkundung nie betretener Gebiete und Erprobung neuer technischer oder kunstgewerblicher Errungenschaften — sie alle fanden ein williges Werkzeug in deutscher Seeschifffahrt. Und die Hunderttausende von Auslandsdeutschen in allen Teilen der Welt — wie grüßten sie die deutschen Schiffe als Wahrzeichen der Heimat, als Träger deutscher Kultur und deutschen Wesens. Und ist nicht überall, wohin sie ihre schwarz-weiß-rote Flagge führten, neues, reicheres Leben aufgeblüht?

Das hohe Verantwortungsgefühl der deutschen Reeder, das sie davor bewahrte, ihren Geschäftsbetrieb zum reinen Erwerbsunternehmen herabzudrücken, gibt uns auch im gegenwärtigen Tiefpunkt der Entwicklung die frohe Zuversicht, daß der Vertrag von Versailles nicht das letzte Wort über deutsche Seeschifffahrt gesprochen hat.

Niemand wird sich zumuten können, die kommenden Dinge in der deutschen Seeschifffahrt vorauszusagen. In unserer Zeit der sich wie in einem Katarakt drängenden und überstürzenden Geschehnisse, geht jede Prophetie noch viel mehr als in Zeiten gesetzmäßigen Tatsachenablaufs über den Bereich menschlicher Begabung hinaus. Und doch erscheint es erforderlich, dem Rückblick und Überblick eine kurze Betrachtung vorausschauender Natur folgen zu lassen.

Zunächst ist noch einmal die Grundansicht unserer Betrachtungsweise zu unterstreichen, daß die Völker im welt-

wirtschaftlichen Verkehr zwingend auf einander angewiesen sind. Wir sind der festen Überzeugung, daß dieser Zwang wirtschaftlicher Tatsachen auf die Dauer stärker sein wird, als das ganze wohlausgeklügelte Paragraphenwerk von Versailles. Die an sich bedauerliche Tatsache, daß weite Kreise unseres Volkes es ablehnen, sich mit diesem uns aufgezwungenen wirtschaftlichen Grundgesetz der Gegenwart und nächsten Zukunft eingehend zu beschäftigen, mag nicht zum wenigsten ihre Erklärung in der gesunden Betrachtungsweise finden, daß auch dieses menschliche Zwangsdokument schließlich angesichts der Gesetzmäßigkeiten wirtschaftlicher Zusammenhänge nicht als rocher de bronze wird stabilisiert werden können.

Und ferner ist zu betonen, daß uns ein Clemenceau'scher Gewaltfrieden vieles rauben und vieles verwehren kann. Aber die inneren Güter: unsere Liebe und Begeisterung zur Seefahrt, die Tüchtigkeit unserer Schiffbauer, die Organisationsbegabung der Leiter unserer Reedereien, die getreue Pflichterfüllung jedes ausführenden Organs, kann er uns nicht nehmen. Und ebensowenig die auf Leistungen der Vergangenheit gegründeten Kenntnisse und Erfahrungen, den in lebendiger Entwicklung entstandenen inneren Aufbau unserer Seeschiffahrtsunternehmungen.

Vernichtend getroffen ist Deutschlands Seefahrt durch den Vertrag von Versailles. Die vorangegangenen Ausführungen haben in starker Zusammenfassung einen Eindruck davon vermitteln wollen. Und doch stellt sich am Schluß das Bewußtsein ein, daß dieser furchtbare Zusammenbruch nicht durch ein Nachlassen der Kraft entstanden, nicht ein Zeichen dessen ist, daß Deutschlands Zeit auf dem Meere vorüber, sondern daß er herbeigeführt wurde durch äußerlichen Zugriff feindseliger Mächte, daß er Menschenwerk ist. Und was der Mensch zerstört, kann auch der Mensch wieder aufrichten. Darin liegt Zukunftshoffnung und Zukunftsaufgabe.

Dr. Friedrich Hasselmann

Rußland

Vom bolschewistischen Urzustand zum neuen nationalbolschewistischen Staatskapitalismus — Die Agitation als Mittel des Kampfes gegen den Ententeimperialismus

In den Tagen, da das Bündnis des bolschewistischen Rußland mit verschiedenen Unternehmungen des internationalen Kapitals perfekt geworden ist, da die Sowjetregierung die ersten Verträge mit dänischen, schwedischen, englischen und anderen Großbanken abgeschlossen und somit de facto den Kampf gegen das internationale Kapital eingestellt hat, — da keine Spur der „revolutionären Errungenschaften“ mehr nachgeblieben und das Proletariat de facto macht- und rechtlos geworden ist — nimmt man die bolschewistischen amtlichen Propagandaerzeugnisse mit besonderem Interesse zur Hand. Wie werden die bolschewistischen Theoretiker nun argumentieren, um auch diese Lage und diese Maßnahmen in Einklang zu bringen mit dem Marxismus und ihrem revolutionären Programm? Denn es war ja von vornherein klar, daß die Bolschewisten auf ihr revolutionäres Prestige nicht verzichten würden, denn dieses ist ihr Hauptkampfmittel gegen ihre äußeren Feinde: den Ententeimperialismus. Was sie tun: Aufrufung und Stärkung des Nationalwillens müssen sie ja, um ihre Vergangenheit und ihre Popularität nicht einzubüßen, vorläufig noch als Konsequenz — des Marxismus darstellen. Durch diese Halbheit und dieses Kompromiß, den ihre auswärtige Politik ihnen aufzwingt, verliert ihre Agitation natürlich an Bedeutung und wohl bald auch an Gefährlichkeit. Was dann übrig bleibt, ist die Macht des neuen

russischen Nationalstaates, — eine Potenz, mit der die Welt politisch wird rechnen müssen, gerade weil der Bolschewismus seine wirtschaftliche Bedeutung verloren hat. Deshalb wird man zunehmend Rußland, und nicht den Bolschewismus, der nur Fassade ist, als Faktor der Weltpolitik einstellen müssen. —

Das einfachste Mittel der Agitation sind jene Aufrufe, mit denen die übrige Welt überschüttet wird, in denen dann Behauptungen aufgestellt werden, die meistens ebenso ruhmredig wie unwahr sind. Besonders grotesk ist der jetzt bekannt gewordene Aufruf des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, des allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften und anderer Organisationen zum 1. Mai, in dem es heißt: „Wir haben den Zaren, den Grundbesitzer, den Kapitalisten und den Beamten besiegt; wir haben die verfluchte Erbschaft der Bourgeoisie und des von ihr angezettelten Krieges — die wirtschaftliche Zerrüttung — besiegt und wir werden eine neue Welt ohne Unterdrückung und Vergewaltigung, eine Welt der Gleichheit und Brüderlichkeit aller Werktätigen und aller Völker aufbauen!“ Jeder Satz ist eine Lüge, gut genug, um sie den fremden Völkern aufzutischen: den Zaren hat Kerenski mit Hilfe der Bourgeoisie gestürzt; der Beamte herrscht in erheblich vermehrter Anzahl; die wirtschaftliche Zerrüttung hat erst unter der Herrschaft der

Bolschewisten diesen katastrophalen Umfang erreicht und schreitet noch immer vor; keine Herrschaft der Welt ist soweit entfernt von „Gleichheit“ und „Brüderlichkeit“, ist enger verbunden mit Unterdrückungen und Vergewaltigungen. Auf den gleichen Ton sind aber nicht nur die lapidaren Aufrufe dieser Regierung der Volksdespoten gestimmt, sondern auch die scheinbar objektiven, sachkundigen Ausarbeitungen der offiziellen Volkswirtschaftler. Als Beispiel sei W. Miljutins Aufsatz: „Zwei Jahre wirtschaftliche Diktatur des Proletariats in Sowjet-Rußland“ herausgegriffen. (Russ. Korrespondenz. Herausgegeben von der 3. Internationale, Moskau, Juni 1920, Nr. 8/9.) Miljutin erklärt, die Arbeiterklasse Rußlands sei der erste Sieger in der ausgebrochenen Weltrevolution. Es sei „tatsächlich durch die Tat gelungen, die kapitalistische Ordnung zu beseitigen, die Arbeiterklasse in der Stadt und auf dem Dorf von der wirtschaftlichen Knechtung durch die Kapitalisten und Gutsbesitzer zu befreien“. Was zuzugeben ist. Es fragt sich nur, was an Stelle der vernichteten bisherigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung gesetzt worden ist. Miljutin konstatiert zwei verschiedene Aufgaben, die zu lösen waren: im ersten Jahre die Vernichtung der alten, im zweiten — der Aufbau; die Organisation der neuen Ordnung. Hierbei stellt er fest: „Fassen wir die verschiedenen Beschlüsse, Resolutionen, erlassenen Dekrete zusammen, so können wir vier Grundsätze hervorheben, die den Rahmen für unsere wirtschaftliche Tätigkeit bildeten. Diese Tatsachen waren:

1. Die Schaffung neuer Verwaltungsorgane für das Wirtschaftsleben an Stelle der zertrümmerten kapitalistischen Organe, die Organisation dieser neuen Organe auf der Grundlage einer unmittelbaren Beteiligung der Arbeitermassen an der Verwaltung.
2. Die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln; die Fortnahme des Grund und Bodens — bei den Gutsbesitzern; die Nationalisierung der Banken, Fabriken, Werke, Gruben und der Handelsflotte. — bei den Kapitalisten.
3. Die Organisation einer einheitlichen Volkswirtschaft; Organisation von Rätewirtschaften im Dorfe, von staatlichen Trusts in der Industrie, Zusammenschluß unzusammenhängender Unternehmungen unter der Leitung gemeinsamer Räteorgane.
4. Der Übergang der Erzeugnisse der Produktion in die Hände des Staates und die Organisation einer staatlichen Verteilung der Produktion.“

Fragt man sich nun, welche Resultate ein Befolgen dieser vier Grundsätze erreicht hat, so muß man die außerordentlich straffe Zentralisierung aller neugeschaffenen Wirtschaftsorgane sowie das restlose Vorherrschen des Staates innerhalb aller Zweige des Wirtschaftslebens zugeben. Der Staat hat den Kapitalisten enteignet und sich überall an seine Stelle gesetzt. Er verwaltet — nicht mit Beteiligung der Arbeitermassen, sondern vielmehr ausschließlich durch seine Bürokratie — nach rein kapitalistischen Methoden. Gewiß behauptet dieser Staat eine reine Proletariatsgemeinschaft zu sein, tatsächlich ist er jedoch ausschließlich Herrschaftsgebiet der kommunistischen Partei, deren Mitgliederzahl beschränkt ist und nur einige Hunderttausende zählt. Es ist somit zu konstatieren, daß die Anwendung dieser Grundsätze eine neue Form von Staatskapitalismus erzeugt hat. Der Kapitalismus der Privatunternehmungen des Bürgertums ist abgelöst worden durch den Kapitalismus des Staates. Fragt man sich nun, wer dabei gewonnen hat, dann stößt man auf einige Schwierigkeiten, die bei näherer Untersuchung ergeben, daß es außer der kommunistischen Partei keinen Nutznießer mehr gibt. Jedenfalls ist es nicht das städtische Proletariat, denn dieses

muß mehr und mehr unter ungünstigeren Bedingungen arbeiten als bisher, muß Lasten tragen, die es früher dank dem nun beseitigten Koalitions- und Streikrechte nicht erduldet hätte und besitzt nur noch das Recht auf schlecht bezahlte Arbeit. Wie mit den Arbeitern umgegangen wird, möge ein Beispiel erweisen:

Wie die Petersburger „Prawda“ vom 28. 5. d. Js. berichtet, haben die Arbeiter in den Moskauer Staatsdruckereien die Arbeit niedergelegt. Der Streikgrund ist die Unzufriedenheit der Arbeiter mit einem von der Sowjetregierung kürzlich erlassenen Dekret, in dem eine erhöhte Produktivität der Druckereien verlangt wird. Die bolschewistische Regierung hat sofort energische Maßnahmen ergriffen, um der Bewegung Herr zu werden: die Druckereien sind auf einen Monat geschlossen und die Arbeiter in ein Konzentrationslager gebracht worden.

Aus diesem Anlaß hat dann in der Druckerei der „Iswestija“ eine stürmische Arbeiterversammlung stattgefunden, in der die Arbeiter gegen die Handlungsweise der Regierung protestierten und eine von den Bolschewisten verfaßte Resolution annahmen. Alle Druckereiarbeiter wurden aufgefordert, solidarisch mit den Arbeitern der „Iswestija“ vorzugehen und gegen die Handlungsweise der Regierung, die den alten zarischen Prinzipien nichts nachgibt, auf das energischste Front zu machen.

Dies ist kein Einzelfall, sondern die Regel, die gesetzlich festgelegt ist unter anderm auch durch eine wiederholte Verfügung des obersten Wirtschaftsrates der Sowjetregierung, die lautet:

„Für alle Versäumnisse sind Abzüge am Lohn vorzunehmen. Im Falle zweimaligen Nichterscheinsens zur Arbeit im Laufe eines Monats ohne genügende Gründe hat die Leitung des Betriebes das Recht, die Arbeiter zu entlassen. Wenn die Versäumnisse Massencharakter annehmen, so sind sie als Sabotage anzusehen und die Personen den Behörden zur Überweisung in Konzentrationslager zur Vornahme von Zwangsarbeit auszuliefern.“

Die sehr zahlreiche Bürokratie gehört auch nicht zu den Nutznießern der Revolution, denn diese leidet unter dem Zusammenbruch der Wirtschaft ebenso wie in allen anderen Ländern, wenn auch einige Stellungen der Spezialisten ganz besonders hoch bezahlt werden und andererseits eine immer größere Anzahl von Bedürftigen Unterkommen bei der Staatsversorgung finden. Man kann nun fragen: Welchen Zweck hat denn überhaupt eine Wirtschaftspolitik, die keiner Klasse und keiner Bevölkerungsschicht Nutzen bringt, keine positiven Resultate hervorbringen kann und daher — mit Ausnahme einer verschwindend kleinen Minderheitspartei! — niemand befriedigt? Der Zweck ist einzig und allein ein negativer: Vernichtung des Privatunternehmertums, des auf dem Kapitalismus ruhenden Bürgertums. Der Kampf gilt nicht den Methoden des Kapitalismus, nicht der „Ausbeutung“, nicht der „Versklavung“, nicht der „Profitgier“ des Kapitalismus, — denn alles dies hat man ja wieder mit größten Mühen im Interesse des Staatskapitalismus eingeführt — der Kampf gilt einzig und allein einer Wirtschaftsordnung und einer Klasse, ohne wirtschaftliche Gründe, zwecklos und widersinnig. Nur so ist der heutige Bolschewismus zu erklären, nur den jahrzehnte alten Lehren und Anschauungen der Klassenkämpfer zuzuschreiben. Der Kapitalist ist beseitigt, der „Racker Staat“ triumphiert und die Arbeiterschaft und das Land bezahlt die Zeche.

Wenn dies die Folgen der bolschewistischen Revolution innerhalb der Industrie, des Verkehrswesens, der Staatseinrichtungen sind, so steht es mit den Agrarverhältnissen etwas anders. Dort ist der Bauer tatsächlich „Revolutionsgewinner“, hat den Grundbesitzer verdrängt und ist zu seinem Erben geworden, — betrüblich ist bloß, daß er diesen Gewinn in keiner Weise realisieren kann. Zur Bearbeitung des ihm zur Verfügung stehenden Bodens fehlt

es an Vieh, Geräten und allen Hilfsmitteln, — die Zerrüttung der Volkswirtschaft nimmt ihm daher jede Möglichkeit, das neu dazu bekommene Land zu bearbeiten. Von Kommunismus, Räteorganisation usw. ist auf dem Dorfe augenscheinlich nicht die Rede. Erst wenn der neue Staatskapitalismus der Zerrüttung aller Verhältnisse Einhalt gebieten könnte, erst wenn er imstande ist, dem Bauern das zu bieten, was der alte Kapitalismus ihm bot, und ihm die Überschüsse seiner Produktion abzunehmen, wie der Händler dies früher tat, erst dann wird der Bauer etwas von der neuen Ordnung gewinnen können, erst dann dürfte die Verringerung der Anbaufläche, und infolge dessen, die Verarmung des Dorfes aufhören.

Es ist also eine Revolution gemacht worden, um den Racheinstinkten der „Klassenkämpfer“ zu genügen, um einem „Schlagwort“ Geltung zu verschaffen, um schließlich einen Pyrrhussieg zu erringen, wie ihn schrecklicher die Geschichte nicht erlebt hat. Das Proletariat hat gesiegt — und geht am Siege zu Grunde. Die marxistische Theorie hat ihre Triumphe gefeiert und kein einziges positives Resultat erreicht. Denn was erreicht worden ist, dient niemand zum Nutzen. Man hat sich zu Tode organisiert! Miljutin konstatiert: Es wurden im Laufe von zwei Jahren organisiert:

I. auf industriellem Gebiet:

1. staatliche Trusts	90
2. Werkverwaltungen	4000
3. staatliche Beschaffungsbehörden für die Beschaffung von Holz, Flachs, Wolle, Hanf u. and. m.	

II. auf landwirtschaftlichem Gebiet:

1. Rätewirtschaften	2399
2. Rätekommunen und Artells	5961

Gewiß eine schöne Leistung! Keinem Staate der Neuzeit ist es bisher gelungen, auch nur annähernd so zahlreiche Organisationen zu schaffen. Sieht man sich nach einem geschichtlichen Beispiele um, so könnte man die Organisation des heutigen russischen Staates noch am ehesten mit dem ägyptischen des frühesten Altertums vergleichen. Allgemeine Arbeitspflicht hier wie dort, Bürokratisierung bis zum Äußersten, Ausschaltung jedes Individualwillens und jedes Einzelinteresses — Arbeitsheere unter der Herrschaft unumschränkter Fronvögte, heute Betriebsdiktatoren genannt. Dieses Programm ist tatsächlich zum Teil erfüllt, wie es verkündet worden ist vom Propheten und Meister Lenin am 30. 11. 17: „Expropriation der Kapitalisten, Umwandlung aller Bürger in Arbeiter und Angestellte eines großen „Syndikats“, nämlich des ganzen Staates und völlige Unterordnung der gesamten Tätigkeit dieses ganzen Syndikates einem wahrhaft demokratischen (!) Staat, dem Staat der Soldaten und Arbeiterdeputiertenräte.“ Was nicht erfüllt ist und heute durch geschickte Täuschung vertuscht wird, ist die Grundlage, die Voraussetzung für dieses ganze Gebäude: daß dieses „Syndikat“ nämlich auf einem demokratischen (!) Staat der Räte zu errichten sei. Den Räten hat Lenin den Kampf angesagt, nachdem sie längst einflußlose Bewilligungsmaschinen geworden waren. Zuerst wurden die Werkverwaltungen, die Betriebsräte, dann die örtlichen

Volkswirtschaftsräte, die lokalen Sowjets, jetzt auch der große Sowjet der Sowjets matt gesetzt und beseitigt. Das Syndikat ist da, der Staat aber ist aus einer Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauernsowjets zu einem — Riesenkapitalisten geworden, im Einheitsorganismus geleitet von Diktatoren, die nur orientalischen Despoten, nicht aber den selbst ins Gefüge der Organisation eng hinein geordneten Pharaonen, — um beim angeführten Vergleiche zu bleiben — an die Seite zu stellen sind. Sämtliche Bolschewisten behaupten, dies sei nun der wahre, der einzige Marxismus. Es muß den Marxisten überlassen bleiben, diese rein akademische Frage zu entscheiden. Wenn dies wirklich der Marxismus ist, dann wäre wohl bewiesen, daß er bei seiner Realisierung Resultate gezeitigt hat, die den Idealen aller Freiheitskämpfer wie aller bisherigen Sozialisten gründlich widerspricht. Trotzki sagt: „Sowjetrußland ist nicht nur der Zufluchtsort der kommunistischen Internationale, sondern auch die lebendige Verkörperung ihres Programms und ihrer Methoden.“ Radek behauptet: „Lenin als Führer der proletarischen Revolution ist die Verkörperung des Marxismus durch die Tat.“ Bucharin wiederholt: „Jetzt, wo alle Karten der Klassenbeziehungen offen daliegen, beginnen die bürgerlichen Ideologen anzuerkennen, daß der Bolschewismus der wahre Marxismus ist.“ Und er beruft sich hierbei auf Sombart und Struve. („Russ. Korresp.“ Nr. 8/9, Juni d. J.) Dem sei wie es wolle, wichtig ist nicht, wie man diesen nationalen russischen Staatskapitalismus benennen soll, sondern ob man ihn auch weiterhin nachzuahmen den Mut hat. Man sollte eigentlich annehmen, daß das Proletariat aller Länder für eine Nachahmung dieser neuen Staatsform schon bald nichts mehr übrig haben wird, denn es würde sich ja nur das eigene Grab graben und ebenso in Bürgerkriegen aufgerieben, und vom eigenen Staate versklavt werden, wie dies in Rußland der Fall ist. Denn es kann doch nicht länger verborgen bleiben, warum die Bolschewisten diese Agitation noch immer weiter betreiben: Weil sie den Anschluß des Proletariats aller Länder an Rußland erreichen wollen, da sie nur so den Ententeimperialismus, die unaufhörliche Bedrohung Rußlands durch Blockaden und Kriege bekämpfen können, und nicht weil sie, die längst keine sozialen Erneuerer mehr sind, einen Umsturz der Wirtschaftsordnung, die sie brauchen, mit deren Vertretern sie verhandeln und sich zum Teil schon verbündet haben, bezwecken. Es ist also kein sozial-kommunistisches, sondern ein Ziel ihrer auswärtigen Politik! Die Agitation der Verblendung, Unwahrhaftigkeit und Phrase der 3. Internationale wird hoffentlich zur besseren Einsicht beitragen und das Feld frei machen für eine ruhige sachliche Stellungnahme zum neuen nationalen Rußland, welche Fassade es auch immer habe und in welche Tiraden sich auch Lenin, Rußlands Selbstherrscher, den Trotzki in der gleichen Nummer der „R. K.“ als — Nationalrussen als „prägnantesten Ausdruck der neuen russischen Geschichte“ feiert, einhüllen möge!

Dr. Hans von Eckardt

England

Geldmarkt — Banken und Börse

Zwei Theorien werden in Bank- und Börsenkreisen über den Geldmarkt in England vertreten. Die einen, namentlich Mitglieder des Geldmarkts, stehen auf dem Standpunkt, daß für Industrie, Handel und Gewerbe, Geldmarkt und Börse in der Periode des Wiederaufbaus niedrige Geldsätze zu wünschen seien. Nur diese vermöchten die Geschäftslust zu beleben, während hohe Geldsätze, die an sich aus theoretischen Erwägungen gerechtfertigt erschienen, für die Wiederherstellung der Wechselkurse und einer normalen Geldzirkulation ohne Einfluß wären; denn die Momente, die diese bestimmten, seien nicht mehr so leicht zu beeinflussen wie im Frieden. Auf der andern Seite wird behauptet, daß Personen, die solche Auffassung vertreten, durch die Brille ihres Geschäftes sähen, das an niedrigen Sätzen Interesse habe. Die alten Regeln für die Diskontpolitik beständen nach wie vor zu Recht; man müsse die Diskontschraube nur kräftig anziehen, um eine allmähliche Wiederherstellung des Marktes zu erreichen. Vertreter dieser Schule sollen vor allen Dingen in der Regierung sitzen. Auch der gegenwärtige Governor der Bank von England, Sir Brien Cokayne, ist Anhänger dieser Richtung. Regierung und Bank von England aber geben den Ausschlag, und so genügt der Umstand, daß Börse und Geldmarkt dies wußten, um eine Ära der Unsicherheit mit Bezug auf die Geldsätze hervorzurufen; nach der letzten Erhöhung des Banksatzes auf 7 % wurde stündig ein weiteres Heraufsetzen auf 8 % erwartet. Dies ist nicht eingetreten, aber der Geldmarkt war beunruhigt, die Spekulation abgeschreckt; man scheute sich, Geld auf lange hinaus festzulegen, umsomehr als die Sätze des offenen Marktes, insbesondere für Privatskont, sich dem hohen Banksatz und den hohen Sätzen des Schatzwechsels (6½ %) angepaßt haben. Tatsächlich scheint auch im Zusammenhang mit diesen Umständen der Umschlag der Konjunktur beschleunigt worden zu sein und das bisher steigende Preisniveau allmählich zu weichen, so daß es scheint, als ob die Richtung Sir Brien Cokayne's Recht behält. Zu den hohen Sätzen kommen natürlich aber auch die Steuern, die dem Kapitalmarkt Mittel entziehen. Die jüngst gemachten Angaben Chamberlains hierüber dürften von einigem Interesse sein; danach sind vom 3. 8. 14 bis zum 31. 3. 20 11 197 Mill. £ von der Regierung verausgabt worden; hiervon wurden 35,9 % durch ordentliche Einnahmen gedeckt, 64,1 % durch Anleihen. Die Steuerlast hat sich im Zeitraum vom 31. 3. 14 bis 31. 3. 20 von 3 £ 10 s 10 d auf 21 £ 6 s 10 d je Kopf der Bevölkerung gehoben und dürfte weiter im laufenden Finanzjahr auf 22 £ steigen. Davon entfielen auf direkte Steuern 1914 1 £ 1 s bzw. 1920 15 £ 3 s. Nach Angaben von Chamberlain ist diese Steigerung in der Besteuerung von keinem der andern Hauptkriegführenden außer Deutschland erreicht; er gab darüber die nachstehende Tabelle:

		1914	1919	1920
Vereinigte Staaten in \$	am 30./6.	6,79	37,93	49,41
		1913	1919	1920
Frankreich.....	„ fr „ 31./12.	103,40	209,6	450,—
		1914	1919	—
Italien.....	„ Lire „ 30./6.	33,9	134,3	—
		1914	—	1921
Deutschland.....	„ M „ 31./3.	31,30	—	444,20

(Es ist selbstverständlich, daß die Angaben für das gegenwärtige Finanzjahr auf Schätzung beruhen.)

Der Status der Bank von England rechtfertigte die hohen Sätze des Geldmarktes durchaus. Er machte zum

Julitermin einen höchst angespannten Eindruck. Das Verhältnis der Notenreserve zu den Verbindlichkeiten ist auf 8½ % gesunken, ein präzedenzlos niedriger Satz. Dagegen ist der hohe Goldvorrat gewissermaßen auf eine Schiebung zurückzuführen; bei einem Goldpreis von ca. 105 s für die Unze kann die Bank natürlich im Markt nichts erwerben; sie hat daher zu dem Mittel gegriffen, bei den Privat- und Aktienbanken Gold gegen Noten zu kaufen; die Banken haben nunmehr Noten im Tresor. Da auch für den Reservefonds der Notstandsnoten oder Bradburynoten, wie man sie vielfach nennt, statt Gold Banknoten hinterlegt werden, hat sich der Umlauf an Banknoten erheblich ausgedehnt, und die Notenreserve der Bank von England beträgt nur noch etwa 16¼ Mill. £. Dazu kam die Reserve der Notstandsnoten, deren nicht in Gold gedeckte Ausgabe seit Oktober 1919 auf 320,6 Mill. £ beschränkt ist, mit rund 5 Mill. £. Bemerkt sei, daß der Bedarf an baren Zahlungsmitteln auch auf das Frisieren der Bankbilanzen zurückzuführen war. In den Wechselkursen hat sich indessen diese Anspannung nicht ausgedrückt. Die schon in unserm Maibericht beobachtete allmähliche Besserung hat sich langsam fortgesetzt. Daß die Rupie von 2 s 3¼ d Anfang Mai auf ca. 1 s 9½ d Ende Juni zurückgegangen ist, liegt wohl weniger an der Besserung des Pfundkurses, als daran, daß die exportfähige englische Industrie Indien wieder mit Waren versorgt und dadurch dessen Handelsbilanz zu einer passiven gemacht hat. So ist Indien schon jetzt gezwungen, die großen Mengen Silber, die ihm der englische Markt noch vor einem halben Jahre zwischen 80 und 90 d für die Unze verkaufte, zu ca. 50 d wieder an ihn abzugeben. Besser drückt sich der Wert des Pfundes im Goldpreis und im Wechselkurs auf New York aus; von ca. 3,37 \$ je £ ist er auf 3,95 \$ je £ Ende Juni gestiegen und im gleichen Zeitraum ist der Goldpreis von über 127 s auf ca. 104 s gefallen.

*

Das erste Halbjahr 1920 schloß an der Londoner Börse nach einer ziemlich erheblichen Depression auf allen Gebieten in leicht gebesserter Stimmung. Die Furcht vor der baldigen Erhöhung des Banksatzes, die die Gemüter bis kurz vor Quartalschluß beherrschte, hatte sich als unbegründet erwiesen. Die Pariser Liquidationen in Minen-, Salpeter- und Ölkaktien, die man lange vorausgesehen hatte, hatten aufgehört und teilweise waren sogar französische Häuser als Käufer aufgetreten. Dagegen drückten die Probleme Irland und der Nahe Osten auf die Stimmung. Die Konferenzen in Brüssel und Spa erhöhten die Unsicherheit; dagegen vermochten die Pläne über die Reorganisation des englischen Eisenbahnwesens den Markt der heimischen Eisenbahnen zeitweilig zu beleben und von ihrem tiefsten Stand — die Rendite betrug auf Grund der vorjährigen Dividende bei einzelnen Werten bis 10 % — zu heben; man erhofft von dem neuen Projekt, wonach die Bahnen nach Ablauf eines Jahres an die Gesellschaften zurückgegeben werden sollen, eine wirtschaftlichere und kaufmännischere Verwaltung, erwartet aber auch weitere Tarifierhöhungen. Lebhaftes Spekulation fand ferner in russischen Werten (5 % notierten um 23 herum) und in der deutschen 3 %igen Reichsanleihe (ca. 9) statt. Am deutlichsten kam die Steifheit des Geld- und Kapitalmarktes in der geringen Aufnahmefähigkeit für festverzinsliche goldgeränderte Werte zum Ausdruck. So wurden die Emissionen der Kommunen zum Zweck des Häuserbaus (housing

bonds) nur teilweise vom Publikum genommen und vielfach mit Disagio gehandelt. Einer Anleihe der Stadt London erging es nicht besser. Überraschend wirkte die Emission von Neu-Süd-Wales, das zum 6½ %igen Typus (Schuldbucheinzeichnungen zu pari) übergegangen ist.

Noch mehr Überraschungen dürfte es verursacht haben, daß die „Underwriter“ etwa die Hälfte dieser Emission übernehmen mußten. Dieser Mißerfolg des Australischen Dominions drückte natürlich auf alle ähnlichen kolonialen Werte, und naturgemäß war die Wirkung auch auf den andern Märkten für festverzinsliche Werte zu spüren. In diesem Zusammenhang mag erwähnt sein, daß die englische Industrie jetzt vielfach dazu übergegangen ist, Geld vermittelt 8 % kumulativer Vorzugsaktien aufzunehmen. Angesichts der hohen Erträge, die diese und ähnliche erstklassige Papiere liefern, kann es nicht wunder nehmen, wenn die Regierung mit ihren langfristigen Anleihen, mit denen der Markt schon mehr als übersättigt ist, erfolglos bleibt, auch dann, wenn sie sie in ein neues Gewand zu hüllen versucht. Die letzte große 5 bis 7 % Schatzanleihe, die zum Umtausch der schwebenden Schuld gedacht war, ist ein geradezu erbärmlicher Mißerfolg gewesen. Sie liegt zwar noch zur Zeichnung auf, doch sind bis zum 30. 6. im ganzen nur 7 930 000 £ gezeichnet worden. Auch die Schatzwechsel werden vom Markt nicht mehr in dem Umfang genommen, in dem sie fällig werden. Die berüchtigten Vorschüsse der Bank von England (Ways and Means Advances) sind, nachdem sie zum Apriltermin abgezahlt worden waren, im letzten Jahr wiederum auf 69½ Mill. £ angewachsen.

Hier läßt der Londoner Geldmarkt den Staat gründlich im Stich. Aber auch in anderer Beziehung scheint seine Leistungsfähigkeit zurückzugehen: übrigens kein Wunder bei der starken steuerlichen Belastung!

Nachstehende Tabelle zeigt die vom Londoner Geldmarkt aufbrachten Summen in Mill. £ nach Quartalen geordnet:

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Ganzes Jahr
1910....	99,4	88,7	28,1	51,3	267,4
1911....	61,2	56,2	14,9	59,4	191,8
1912....	48,0	62,4	40,7	59,8	210,9
1913....	50,3	70,0	30,0	46,2	196,5
1914....	97,6	54,7	20,3	339,9	512,5
1915....	46,3	25,7	586,8	26,5	685,2
1916....	156,3	131,0	111,6	186,6	585,4
1917....	825,9	221,3	57,1	214,4	1318,6
1918....	475,3	220,9	329,7	367,5	1393,4
1919....	291,9	93,9	536,5	113,8	1036,1
1920...	135,1	98,0	—	—	—

(Natürlich kommt in dieser Zusammenstellung das Aufhören der Regierungsdarlehen deutlich zum Ausdruck.)

Unter Berücksichtigung der Geldentwertung oder Inflation sind die Beträge der letzten Vierteljahre schon erheblich unter die Werte zurückgegangen, die vor dem Krieg vom Londoner Geldmarkt aufgebracht wurden. Geradezu beunruhigend muß aber die nachstehende Zusammenstellung des „Economist“ wirken, die die Auslandsanlagen des englischen Kapitalmarktes jetzt und vor dem Krieg vergleicht (Beträge in Mill. £):

Anlagen im 1. Halbjahr	1911	1912	1913	1920
In dem Vereinigten Königreich	16,7	24,2	20,3	207,7
In den britischen Besitzungen	35,6	27,9	43,0	21,5
In anderen Ländern	62,2	58,3	57,0	3,8 (1)

Insgesamt..... 117,5 110,3 120,4 233,1

Während das Vereinigte Königreich vor dem Krieg nur rund 20 % der von ihm aufbrachten Kapitalien beanspruchte, und über 50 % an fremde Länder abzugeben vermochte, absorbiert

es jetzt über 90 % und fremde Länder erhalten knapp 2 %. Die Reorganisation und der Wiederaufbau der im Krieg verschlissenen englischen Volkswirtschaft spielt dabei natürlich eine Rolle.

Auf welche Weise man den Vorsprung, den die englische Volkswirtschaft vor anderen Volkswirtschaften durch den Kapitalexpert vor dem Kriege hatte, heute zu ersetzen sucht, konnte man u. a. auch auf der ersten ordentlichen Generalversammlung der Levant Co. Ltd. beobachten, die am 24. 6. d. J. stattgefunden hat. Der Vorsitzende, Sir Maurice de Bunsen, schilderte die Lage der Levant Co.: die Muttergesellschaft hat gut gearbeitet, doch sind von den Tochtergesellschaften Berichte noch nicht eingegangen; das Jahr war hauptsächlich dem Ausbau des Filialnetzes im Nahen Osten gewidmet. Man höre: in Alexandrien sind ausgedehnte Geschäftsräume gemietet, in Kairo ist kürzlich eine Filiale errichtet, um den ägyptischen Markt zu erschließen. Gegen Ende des Geschäftsjahres wurde in Khartoum im Sudan von der neugegründeten Untergesellschaft Levant Co. Sudan Ltd. die Firma von Messrs. Blagden & Co. erworben; in Südrussland und im Kaukasus besitzt die Gesellschaft Filialen in Odessa, Novorossisk, Batum und Tiflis; die unter den schwierigsten Verhältnissen gearbeitet haben und ihre Tätigkeit schließlich fast ganz einstellen mußten; auf dem Balkan hat die Gesellschaft außer den engen Beziehungen mit J. W. Whittall & Co. Ltd. eine Untergesellschaft gegründet: Levant Co. Greece Ltd. mit den Hauptniederlassungen in Athen und Saloniki und eine weitere Levant Co. Roumania Ltd. In Serbien und Jugo-Slavien sind Filialen zu Belgrad und Zagreb errichtet, doch war hier das Geschäft infolge des Valutadurch-einanders ungünstig; die Niederlassung in Sofia ist erst neueren Datums, doch scheint sich das Geschäft hier günstiger anzulassen. Endlich soll auch Mesopotamien in den Bereich der Gesellschaft eingeschlossen werden durch die Eröffnung einer Filiale in Bagdad.

Ähnliche Ziele, wie die Levant Co. Ltd. scheint, wenn auch in viel kleinerem Umfange, die mit einem Stammkapital von 50 000 £ gegründete Gesellschaft „Selosoyns Ltd.“ in Rußland zu verfolgen.

Wir wollen diesen Bericht über den englischen Geld- und Kapitalmarkt nicht schließen, ohne die neueste Entwicklung in der inneren Verwaltung der Börse zu erwähnen. Der Ende der 70er Jahre abgestattete Bericht einer Königlichen Kommission über die Verwaltung der Börse bis zu Beginn des Krieges, war unbeachtet geblieben. Dann unternahmen es einflußreiche Mitglieder der Börse, die Lage von neuem zu prüfen, und es ist, nachdem im Vorjahr sich eine erhebliche Majorität der Börsenmitglieder in ihrem Sinne ausgesprochen hatte, nunmehr ein Plan ausgearbeitet worden, um die doppelte Kontrolle (dual control) über die Börse abzuschaffen. Es wird dies in der Weise beabsichtigt, daß die Börsengebäude und -räume von den Aktionären auf 30 Jahre gepachtet und dann käuflich erworben werden sollen. Der Preis ist auf 3,6 Mill. £, die Pacht auf 300 000 £ festgesetzt; auf diese Weise würde die Vertretung der Aktionäre (die Trustees and managers) aus der Verwaltung der Börse ausscheiden und die Verwaltung dem Committee for General Purposes allein überlassen, das bisher die Interessen der Börsenbesucher vertrat. Die erforderlichen Summen sollen aus Eintritts- und Beitragsgeldern im Laufe der 30 Jahre angesammelt werden. Die am 11. 6. beendete Abstimmung hat eine erhebliche Majorität unter den Börsenbesuchern für die Aufnahme von Unterhandlungen auf dieser Grundlage ergeben.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	13. 7.	13. 7.	13. 7.	13. 7.
	M	M	fl	fr
Amsterdam, 100 fl.	1352,50	1348,65	—, —	197,60
Barcelona, 100 Pesetas	616,—	614,35	45,60	90,—
Berlin, 100 M	—, —	—, —	7,35	14,70
Brüssel, 100 fr	341,50	342,15	25,40	50,25
Budapest, 100 K	23,50	23,47	—, —	—, —
Buenos Aires 100 Pes.	—, —	—, —	—, —	233,—
Helsingfors, 100 FM . . .	154,—	157,30	—, —	—, —
Kopenhagen, 100 Kr. . . .	646,25	641,85	47,20	93,50
Kristiania, 100 Kr. . . .	639,75	636,15	47,30	93,50
London, 1 £	150,75	151,10	11,15	22,02
Madrid, 100 Pesetas . . .	616,—	614,35	45,60	90,—
New York, 1 \$	38,20	38,20	2,83	5,58
Paris, 100 fr	321,—	319,65	23,45	46,80
Prag, 100 K	84,75	84,80	—, —	12,50
Rom, 100 Lire	227,50	228,25	17,—	33,40
Stockholm, 100 Kr. . . .	847,50	847,15	62,75	124,—
Wien, 100 K. neu	26,—	25,97	1,92 1/2	3,80
Zürich, 100 fr	681,25	681,80	50,65	—, —

	Wien	Prag	Paris	London*)	New York
	10. 7.	10. 7.	9. 7.	10. 7.	10. 7.
	K	K	fr	£	\$
Amsterdam, 100 fl	5600,—	—, —	418,—	11,18	—, —
Berlin, 100 M	444,50	117,25	31,25	150,50	2,63
Kopenhagen, 100 Kr. . . .	2425,—	—, —	195,50	—, —	—, —
London, 1 £	—, —	—, —	46,68	—, —	3,95 60/100
New York, 1 \$	—, —	—, —	11,79	3,95	—, —
Paris, 100 fr	—, —	—, —	—, —	46,70	—, —
Wien, 100 K	—, —	26,37	—, —	—, —	—, —
Zürich, 100 fr	2700,—	—, —	212,50	23,06	—, —

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

	13. 7.	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
Reichsmark	—87,59	—88,09	—82,45	—86,55	+373,10	—
Dt. österr. Krone	—95,99	—96,40	—	—	—	—
Fransös. Frank.	—51,14	—53,20	—30,90	—46,88	—	—
Pfund Sterling	—7,93	—12,65	+28,03	—1,97	—	—
Dollar	+13,75	+7,72	+58,03	+21,44	—	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	3. 7.	10. 7.
Alexandrien	977 1/16 d pari	977 1/16 d pari
Bombay/Kalkutta	1 s 9 3/4 d — 1 s 10 d	1 s 10 1/4 d — 1 s 10 3/4 d
Hongkong	3 s 7 1/2 d	3 s 7 1/2 d
Shanghai	—	5 s — 5 s 11 1/2 d
Singapore	2 s 37/8 d — 2 s 4 3/16 d	2 s 37/8 d — 2 s 4 1/8 d
Yokohama	2 s 7 d — 2 s 7 1/8 d	2 s 7 d — 2 s 7 1/4 d
Montevideo T.T.	56 1/4 d — 56 3/4 d	55 7/8 d — 56 3/8 d
Rio de Janeiro	—	14 17/32 d
Buenos Aires T.T.	56 1/2 d — 57 d	56 d — 56 3/8 d
Valparaiso 90 T.	13 3/32 d	12 17/32 d

Die Notenbanken im Juni

Deutsche Reichsbank

(in 1000 M)

	Metallbestand	davon Gold	Reichs- u. Darlehns-Kassenscheine	Noten anderer Banken	Wechsel u. Schatz-anweisungen
7. 6. 20	1 095 127	1 091 736	16 114 656	1982	39 199 823
15. 6. 20	1 094 896	1 091 737	16 188 525	2521	40 638 681
23. 6. 20	1 095 174	1 091 714	16 492 649	2894	37 155 990
30. 6. 20	1 094 984	1 091 717	17 251 609	2007	50 954 107
Monatlicher Durchschnitt Juni 1920	1 095 045	1 091 726	16 511 860	2351	41 987 140
geg. Vormonat	— 101	+ 9	+ 908 943	+126	+1 375 781

	Lombard-Darlehen	Effekten-Bestand	Sonstige Aktiva
7. 6. 20	10 444	393 587	12 069 060
15. 6. 20	18 564	364 420	11 678 651
23. 6. 20	12 527	360 997	12 095 274
30. 6. 20	8 073	343 479	11 700 124
Monatlicher Durchschnitt Juni 1920	12 402	365 621	11 885 777
gegen Vormonat	+ 3 937	— 39 224	+ 805 716

	Noten-umlauf	Giro-Verbindlichkeiten	Sonstige Passiva	Umlauf der Darlehns-Kassenscheine
7. 6. 20	50 648 561	13 750 722	4 201 138	13 560,7 Mill.
15. 6. 20	50 808 598	15 312 599	3 580 803	13 338,8 „
23. 6. 20	51 656 516	11 579 770	3 694 961	13 285,1 „
30. 6. 20	53 975 118	23 413 955	3 681 052	13 633,3 „
Monatlicher Durchschnitt Juni 1920	51 772 198	16 014 262	3 789 489	13 454,5 „
gegen Vormonat	+ 2 656 060	+ 314 084	+ 84 037	— 212,5 „

Bank von England

(in 1000 £)

	Barvorrat	Portefeuille	Regierungs-Sicherheiten	Notenumlauf	Guthaben d. Privaten
2. 6. 20	114 459	80 587	66 618	113 807	127 322
9. 6. 20	116 707	78 790	74 499	114 367	136 874
16. 6. 20	117 690	78 813	70 802	114 166	132 554
23. 6. 20	117 815	80 140	53 003	115 240	118 474
30. 6. 20	117 882	103 188	90 078	120 058	175 967

	Guthaben des Staatsschatzes	Notenreserve	Gesamtreserve an Gold und Noten	Verhältnis der Reserve zu den Verbindlich.
2. 6. 20	21 242	18 564	19 102	12,90 %
9. 6. 20	19 441	19 962	20 790	13,25 „
16. 6. 20	21 259	21 014	21 974	14,25 „
23. 6. 20	17 869	19 946	21 025	15,40 „
30. 6. 20	15 748	15 129	16 274	8,50 „

Currency Notes

	Umlauf	Golddeckung	Regierungs-Sicherheiten
2. 6. 20	351 051	28 500	331 186
9. 6. 20	353 496	28 500	331 235
16. 6. 20	354 096	28 500	331 428
23. 6. 20	354 012	28 500	331 113
30. 6. 20	357 356	28 500	331 660

Bank von Frankreich

(in Mill. fr)

	Gold in der Kasse	Gold im Auslande	Silber	Guthaben beim amer. Staatsschatz	Auslands-Guthaben
3. 6. 20	3609	1978	240	207	693
10. 6. 20	3609	1978	240	207	680
17. 6. 20	3609	1978	240	207	662
24. 6. 20	3610	1978	241	207	652

	Wechsel vom Moratorium nicht betr.	gestundete Wechsel	Vorschüsse auf Wert-papiere	Vorschüsse an den Staat	Vorschüsse an Private
3. 6. 20	2093	536	1805	26 700	—
10. 6. 20	1779	532	1860	27 000	—
17. 6. 20	1726	527	1838	26 200	—
24. 6. 20	1786	523	1847	26 200	—

	Vorschüsse a. d. Verbündeten	Noten-umlauf	Staats-guthaben	Privat-guthaben
3. 6. 20	3850	38 173	49	3729
10. 6. 20	3860	38 157	58	3487
17. 6. 20	3865	37 842	50	3456
24. 6. 20	3865	37 544	75	3578

Geldverfassung und Währungspolitik

Das dänische Statistische Departement nahm eine Enquete über die Schulden und Guthaben Dänemarks gegenüber dem Auslande am 31. 3. d. J. vor, an der sich von 3200 befragten geschäftlichen Unternehmungen 2834 beteiligten. Die verhältnismäßig geringen Beträge dänischer Wertpapiere im Ausland und dänischer Bestände an ausländischen Wertpapieren wurden nicht berücksichtigt. Das Ergebnis ist, daß sich das Guthaben gegenüber dem Auslande auf 803 Mill. Kr. die Verpflichtungen auf 839 Mill. Kr. beliefen, zu denen noch 400 Mill. Kr. Verbindlichkeiten aus laufenden Warenbestellungen hinzu kamen. Der Passivsaldo betrug demnach etwa 400 Mill. Kr. Annähernd die Hälfte der Guthaben war auf Anforderung zahlbar, während 838,8 Mill. der Verpflichtungssumme auf „Buchschulden, vorübergehende Einlagen“ entfielen. Die dänischen Forderungen an Deutschland beliefen sich auf 851,4 Mill. M und 159,5 Mill. Kr. die Verpflichtungen auf 161,9 Mill. M und 50,2 Mill. Kr. England, die Vereinigten Staaten und Schweden, deren Verpflichtungen nach Deutschland am größten sind, weisen ein Aktivsaldo auf. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 149 v. 9. 7. 20, S. 1009.)

Die Bank von Norwegen hat am 25. 6. ihren Diskont von 6 % auf 7 % erhöht. („Finanstidende“, Nr. 40 v. 30. 6. 20.)

Der Notenumlauf der Polnischen Landesdarlehenskasse stieg in der Zeit vom 31. 3. 20 bis 30. 4. 20 von 16 690 Mill. poln. M auf 16 028 Mill. Gleichzeitig hoben sich die dem Staat von der Kasse gewährten Darlehen von 14 775 auf 19 375 Mill. („Der Osten“, Nr. 38 v. 13. 6. 20.)

Das tschecho-slowakische Bankamt hat vor einiger Zeit in Amerika neue 100 Kronennoten drucken lassen, da die im Umlauf befindlichen Noten in der letzten Zeit häufig gefälscht wurden. Diese Noten dürften in der nächsten Zeit eintreffen und sofort in Umlauf gesetzt werden. Die Regierung plant auch die Ausgabe neuer 5000 Kronennoten, die in Amerika hergestellt werden. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 144 v. 3. 7. 20.)

Seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 11. 11. 18 bis Mitte Mai 20 führte Uruguay Gold im Werte von 16,5 Mill. urug. Goldpesos ein und für 3 Mill. aus. Ein großer Teil dieses Geldes wanderte in die Staatsbank, Banco de la República, deren Goldbestand sich vom 11. 11. 18 bis 30. 4. 20 von 44 auf 55,5 Mill. Goldpesos hob. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 144 v. 3. 7. 20, S. 971.)

Die Sonderkommission zur Prüfung des Ausfuhrverbotes von Edelmetall empfiehlt die Rückkehr der südamerikanischen Union zur Basis der Goldwährung. Sie schlägt vor, das umlaufende Gold aus dem Verkehr zu ziehen und vollgedeckte Goldzertifikate durch eine neu zu errichtende Staatsbank auszugeben. („Times“, Nr. 42 454 v. 5. 7. 20.)

Staatsanleihen

Der Reichsfinanzminister führte in einer Rede im Reichstag am 1. 7. folgendes aus: Am 30. 4. betrug die Schuld des Reiches 200 Milliarden M, darunter 108 Milliarden schwebende Schulden, in die Verpflichtungen und Zahlungsverpflichtungen eingerechnet sind. Die gegenwärtige Schuld beträgt rund 209 Milliarden, darunter 107 Milliarden diskontierte und 10 Milliarden undiskontierte Schatzanweisungen. Eine rasche Zunahme der diskontierten Schatzanweisungen entstand dadurch, daß 2,7 Milliarden Zahlungsverpflichtungen in diskontierte Schatzanweisungen übergeführt werden mußten. Außer-

dem hat das Reich für die Kriegsaufwendungen der Länder und Gemeinden in Höhe von 15 bis 16 Milliarden aufzukommen, die Übernahme der Eisenbahnen erfordert 39,25 Milliarden. Daraus ergibt sich eine Reichsschuld von 264 bis 265 Milliarden. („Industrie- und Handelszeitung“, Nr. 143 v. 2. 7. 20, S. 962.)

Der preußische Finanzminister erklärte in der Preussischen Landesversammlung am 6. 7., daß am 1. 4. 20 in Ausführung des Eisenbahnvertrages die fundierten Schulden Preußens im Betrage von 10,6 Milliarden und die schwebenden Schulden im Betrage von 14,6 Milliarden auf das Reich übergegangen sind. Von dem Restkaufgeld wird Preußen eine Rente von etwa 190 Mill. erhalten. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 147 v. 7. 7. 20, S. 992.)

Amerikanische Packerfirmen haben der deutschen Regierung einen Kredit von 45 Mill. \$ gewährt zum Kauf von Lebensmitteln. Dieser Kredit ist eine Ergänzung zu dem im Jahre 1919 gegebenen von 25 Mill. \$ und wird die Lieferung von Lebensmitteln für 22 Monate sichern. („Wall Street Journal“, Nr. 133 v. 11. 6. 20.)

Nach Mitteilungen des Finanzministers zahlt Belgien für die ihm in Amerika bewilligte Anleihe von 50 Mill. \$ 7 1/2 % Zinsen. Die Obligationen sind innerhalb 25 Jahren mit einem Aufgeld von 15 % rückzahlbar. Jedes Jahr sollen 2 Mill. zurückgezahlt werden. Der Kurs der Anleihe ist 97 1/2. („Deutsche Allgemeine Ztg.“, Nr. 305 v. 27. 6. 20.)

Seit dem 8. 3. hat die norwegische Regierung folgende Anleihen aufgenommen: 1. 6 % Anleihe mit zehn Jahren Laufzeit von 85 Mill. Kr., 2. 6 % Konversionsanleihe, amortisierbar in fünf Jahren, von 92 Mill., 3. Konversionsanleihe bei den Banken auf ein Jahr von 192 Mill., 4. Konversionsanleihe, deren Zinsfuß 1/2 % über dem Bankdiskont ist, von 146 Mill. Alle Anleihen von zusammen 515 Mill. wurden zu pari ausgegeben. Die drei Konversionsanleihen dienten zur Deckung der großen „Proviantierungsanleihe“ von über 380 Mill. Kr. die am 30. 6. verfällt. („Svensk Handelstidning“, Nr. 137 v. 26. 6. 20.)

Der schweizerische Bundesrat genehmigte die Anleihe von 25 Mill. \$, die bei einem amerikanischen Bankhaus aufgenommen wurde. Die Bank übernimmt 15 Mill. fest und legt 10 Mill. zur Zeichnung auf. Der Zinsfuß beträgt 8 %, der Bankübernahmekurs, 94 %, der Emissionskurs ungefähr pari, so daß die Anleihe der Eidgenossenschaft auf 9,1 % zu stehen kommt. Die Anleihe ist fest und fakultativ amortisierbar nach zehn Jahren. („Industrie- u. Handelsztg.“, Nr. 145 v. 4. 7. 20, S. 983.)

Der spanische Kriegskredit an Frankreich von 18 Mill. £ wird am 20. 6. auf drei Monate verlängert werden. („Times“, Nr. 42 441 v. 19. 6. 20.)

Eine Verordnung des ungarischen Finanzministers verfügt, daß 50 % der über 25 000 K betragenden Spareinlagen, die vom 8.—18. 3. d. J. bei Finanzinstituten oder Privatfirmen untergebracht waren, für die Zwecke einer Staatsanleihe zwangsweise in Anspruch genommen werden. („Industrie- und Handelszeitung“, Nr. 148 v. 8. 7. 20.)

Im Laufe des Finanzjahres 1919 hat sich die ausstehende konsolidierte innere Schuld Argentiniens von 671,34 Mill. \$ durch Tilgungen auf 644,76 Mill. \$ vermindert; die auswärtige Schuld hat von 642,79 auf 625,06 Mill. abgenommen. Im ganzen ist somit die konsolidierte Schuld von 1314,15 Mill. am 1. 1. 19 durch Tilgungen bis Ende des Jahres auf 1269,82 Mill. zurückgegangen. („Buenos Aires-Handelsztg.“, Nr. 1661 v. 1. 5. 20.)

Schiffahrt und Schiffbau

Deutschland

Neue Hamburger Überseelinien unter fremder Flagge. Die Zahl der Hamburger regelmäßigen Linien unter fremder Flagge wird sich demnächst um einige weitere vermehren:

Hamburg-Westafrika. Die Reedereifirma A. B. Sandström, Stranne & Co. kündigt für Mitte August die Eröffnung eines regelmäßigen monatlichen Dienstes von Hamburg direkt nach Dakar, Freetown, Konakry, Accra, Cotonou und Lagos, sowie bei genügendem Ladungsangebot nach Monrovia und Sekondi an. Die Vertretung hat die Hamburger Schiffsmaklerfirma Aug. Bolten, Wm. Millers Nachfl.

Hamburg-Süd- und Ostafrika. Nach Süd- und Ostafrika richtet sich ein regelmäßiger Dienst unter portugiesischer Flagge, den die Transportes Maritimos do Estado am 20. 7. eröffnen wollen. Er geht von Hamburg über Havre und Lissabon nach St. Thomé, Loanda, Lobita, Kapstadt, Lourenco Marquez, Beira und Mozambique mit Umladung in Daressalam und Zansibar. Nähere Auskunft erteilen die hiesigen Firmen Lefeld & Co. und Rob. M. Sloman jr.

Hamburg-Mittelmeer-Levante. Die Eröffnung eines regelmäßigen direkten Dienstes nach dem Mittelmeer und der Levante wird von der Société Les Affréteurs

Réunis angezeigt. Das erste Schiff soll am 25. 7. von Hamburg über Antwerpen und Havre nach Algier, Messina, Piräus, Konstantinopel, Galatz, Smyrna, Patras, Messina und Tunis expediert werden. Die Gesellschaft wird in Hamburg durch die Compagnie Commerciale Maritime (früher J. Silvain) vertreten.

A. K.

Frankreich

Holzschiffe aus Amerika (vgl. „W.-D.“ Nr. 26). Über die Reise des ersten für die französische Regierung in Kanada erbauten Holzdampfers „Château Saline“ läßt sich das „Journal de la Marine marchande“ von der Besatzung Dinge berichten, die diese Bauart von Schiffen in ihrem richtigen Licht erscheinen lassen. Danach hat der Dampfer Halifax am 22. 3. verlassen und ist über Newport-Azoren am 17. 5. in Marseille eingetroffen. Obwohl für 1500 Tons Tragfähigkeit gebaut, hat er einschließlich Bunker nur 1050 Tons laden können und auch dann betrug der Freibord nur 1 Meter. Der Kohlenverbrauch war 13½ tons per Tag, die bei 150 Umdrehungen dem Schiff eine Geschwindigkeit von 7 Knoten gaben. Gleich nach der Abfahrt begann das Schiff heftig zu lecken und mußte auf der ganzen Reise durch Pumpen über Wasser gehalten werden. Selbst im Hafen von Marseille wäre das Schiff ohne Pumpen gesunken. Die Besatzung ist der Ansicht, im Winter sogar die Linie Cardiff-Bordeaux nicht gefahrlos bedienen zu können.

P. W.

Frankreich und die Kolonien. In einem Artikel der „Dépêche Coloniale“ kritisiert der Deputierte Louis Proust die Maßnahmen der Regierung bezüglich der Herstellung der Verbindungen mit den Kolonien. Die 36 Postdampfer, die das Ministerium für die Kolonien zur regelrechten Wiederaufnahme des Fahrtendienstes für nötig erachtet, könnten den Anforderungen nicht genügen, denn mit der Wiederaufnahme der Fahrten nach dem bisherigen System der regelmäßigen Abfahrt zu bestimmten Daten sei Frankreich in der gegenwärtigen Zeit der Lebensmittel- und Rohstoffknappheit nicht gedient. Man müsse sich frei machen von der Starrheit dieses Systems und eine Flotte von 1600 Frachtdampfern von je etwa 6000 tons schaffen, die ganz dafür verwendet würde, die Ernten in den verschiedenen Erzeugungsländern auf einmal abzunehmen und nach Frankreich zu überführen, da nur auf diese Weise, wo in den meisten Kolonien geeignete Lagerräume nicht vorhanden wären, große Mengen lebenswichtiger Artikel vor dem Verderb geschützt würden. In der Zeit von Januar bis April müsse Zucker von den Antillen, in der Zeit von September bis Dezember von Réunion transportiert werden. Die Zeit der Ernte für die Ölfrüchte Afrikas sei von Dezember bis Mai. So ließe sich für das ganze Jahr in den verschiedensten Versorgungsgebieten Beschäftigung für die Flotte finden, und die Knappheit der Lebensmittel in Frankreich würde ohne Schwierigkeiten behoben werden können.

P. W.

Rohstoffe und Warenmärkte

Baumwolle

Statistik. Wie die Herren Knoop & Fabarius, Bremen, mitteilen, meldet der Junibericht des Ackerbauamtes in Washington einen Durchschnittsstand von 70,7 % und 35,5 Mill. acres Anbaufläche. Danach wird die diesjährige Ernte auf 11,45 Mill. Ballen ohne Linters geschätzt.

Jute

Marktbericht. Herr Direktor Trapp schreibt uns unter dem 6. 7.: „Die Rohjutepreise sind seit dem letzten Bericht (vgl. „W.-D.“ v. 11. 6.) weiter gefallen; erste Marken alter Ernte auf Abladung notierten zuletzt nur noch 45 £ cif Dundee und Hamburg, neue Ernte August/September Abladung wurde zu 48 £ 10 s cif Hamburg angeboten. Es wird jedoch angenommen, daß der Preisrückgang, der wohl auf die mangelnde Nachfrage zurückzuführen ist, durch spekulative Einflüsse übertrieben wird. Man rechnet in maßgebenden Kreisen damit, daß bei Wiedereinsetzen der Nachfrage die Preise eine sprunghafte Erhöhung erfahren werden.“

Die Berichte aus Kalkutta über die Ernteaussichten lauten immer noch recht ungünstig; trotz des inzwischen eingeleiteten Regenfalls in Indien soll sich die Lage wenig gebessert haben, da die Trockenheit von zu langer Dauer gewesen sein soll.

Die Geschäftslosigkeit im Dundee-Garn- und Gewebemarkt hält an. Die Produktion übersteigt immer noch die Nachfrage in beträchtlicher Weise. Auch zu dem stark gewichenen Preise von 8 s für Common Cops waren keine Käufer vorhanden, so daß der Preis nur nominell zu nennen ist. In Geweben wirkt der Preisunterschied zwischen Dundee und Kalkutta ungünstig auf den Dundee-Markt. 10 oz 40 in in Kalkutta Hessians, greifbar, werden zu 6 d je yard angeboten, während der nominelle Preis für Dundeeware 10½ oz 40 in 9 d ist. Verschiedene große Werke in Dundee haben beschlossen, eine Einschränkung der Arbeitszeit derart vorzunehmen, daß sie ihren Betrieb schon am Donnerstag schließen, also nur vier Tage in der Woche arbeiten. Andere Fabriken werden folgen, falls die Marktlage sich nicht bald bedeutend bessern sollte. Es ist ferner beschlossen worden, die jährlichen Arbeiterferien in Dundee auf 14 Tage auszudehnen, um die Produktion herabzusetzen.

In Kalkuttaware ab Lager Dundee ist in den letzten Wochen ein größeres Geschäft getätigt worden, und zwar wurden 2000 Ballen Gewebe zur Herstellung von rund 3 Mill. russischen Säcken zu 44 s bis 48 s 6 d für 10 oz 40 in verkauft. Diese Order hat den Markt aber nur für den Augenblick etwas belebt. Linoleum-Hessians liegen ebenfalls still, der Preis ist nominell 14½/48 d für 10½ oz 40 in Ware.

Die Preisbewegungen der letzten sechs Wochen gestalten sich wie folgt:

	Rohjute erste Marken Abldg. cif Dundee in £	1 Ball. fob Calcutta in Rupien	S. 6 Cops in Dun- dee perspyndel in s und d	Hessians 40 in 101/2oz in Dundee in d
26/5.	51	70	10/6	102½/48
2/6.	51	70	10/3	1018/48
9/6.	51	70	9/6	10
16/6.	50	70	9/6	912/48
23/6.	47	69	9/—	92½/48
30/6.	45	67	8/6*)	9 6/48*)

	Linoleum Hess. Bas. 40 in 101/2oz in d	Calcutta Hess. 40 in 10 oz cif Dundee in s und d	Calcutta Hess. 40 in 10 oz loco New York in cts	Indischer Wechselkurs in s und d
26/5.	1445/48	62/—	12, —	2/2
2/6.	1435/48	55/—	11,75	2/3
9/6.	1438/48	52/6	11,50	2/2
16/6.	1433/48	54/—	11,50	2/0½
23/6.	1433/48	54/—	11, —	2/1
30/6.	1433/48	52/—	11, —	1/10½

*) Letzte telegraphische Meldung 8/— bzw. 9 d.

Statistik.*) Ernten in Indien und Preisbewegung. Schlußschätzung: 1910/11 1913/14 1916/17 1918/19 1919/20

Anbaufläche, 1000 acres 2937,8 3169 2686 2497 2821

Ballen je acre..... 2,7 2,76 3,08 2,8 3,0

Gesamtertrag, 1000 B. 7932 8751 8340 7019 8486

Tatsächl. Ausfall, 1000 B.

(einschließl. 500 000 B.

Inlandbedarf) 8028 9836 8926 8548 —

Ausfuhr v. Calcutta und

Chittagong, 1000 B... 3546 4193 2810 2193 —

Preise zur Zeit der Schlußschätzung:

erste Marken £/s 17 0 35 10 34 0 65 10 73 0

Nr. 6 S Cops s/d 1 8 3 0 3 5 7 0 7 8

Hessians 10½ oz 40 in. d 29/48 330/48 430/48 912/48 1012/48

*) Zu den zusammenfassenden Berichten über die Kriegsjahre läßt Herr Direktor Trapp in diesen Tagen eine abschließende Darstellung „Der englische Jutemarkt im vierten Kriegsjahre und bis zum Friedensschluß“ erscheinen. Wegen Raum Mangels ist es uns leider versagt, auf diese wertvolle Veröffentlichung ausführlich einzugehen.

Die Schätzung des Weltverbrauchs ist angesichts der ungeklärten Verhältnisse sehr schwer. Nach englischen Quellen (1000 Ballen) ergibt sich für Europa ein wohl noch zu hoch angenommener Verbrauch, während der indische 5 Mill. Ballen übersteigen dürfte.

	Verbrauch bei voller Beschäftigung	Verbrauch bei voller Beschäftigung
Schottland 1000	1100	Festland 1250
England..... 25	25	Amerika 750
Irland..... 20	20	And. Länder. 35
Großbritannien 1045	1145	Ind. Fabriken 5000
		Insgesamt : 8080 10 480

K a p o k

Von Herrn Direktor Cantler erhielten wir folgenden Rohkapok-Marktbericht: „Am 30. 7. hat eine Rohkapokauktion in Amsterdam stattgefunden und zwar sind 38 212 Pikuls angeboten worden und davon 31 892 verkauft worden, so daß ein Vorrat von 6220 Pikuls verblieben ist. Größtenteils war es schöne reine Javaware, die zum Durchschnittspreis von etwa 73 cts je kg weggegangen ist, weniger gute Ware etwa 65–68 cts. Etwa 10 % der Mengen bestand in wenig aufbereiteter Ware, größtenteils britisch-indischer Herkunft. Deutsche Händler haben in Amsterdam wenig Ankäufe getätigt, son-

dern die Hauptsache bleibt im Lande; namentlich holländische Importeure haben sich größere Mengen zum späteren Weiterverkauf hingelegt. Für die deutsche Industrie ist es weniger von Belang, ob sich der Kilopreis bei der Auktion um einige Cents nach unten oder oben verschiebt, sondern hier ist namentlich die Valuta der deutschen Mark, die den Einkauf unter Umständen völlig ausschließt, maßgebend. Zumal bei den hohen Beförderungsspesen ab Amsterdam muß es als ganz ausgeschlossen betrachtet werden, daß fertige Primaware an die Konsumenten unter einem Kilopreis von etwa 30 M gelangen kann, bei Berücksichtigung des heutigen Standes der Mark.“

Neueingänge

Einzusehen im Lesezimmer, Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8–4 Uhr

Weltkrieg und Friedensvertrag

Die Friedenslast. Die Probleme des Friedensvertrages in gemeinverständlicher Darstellung. Herausgegeben von der Deutschen Liga für Völkerbund. III. Die Bedrohung der deutschen Wirtschaftshoheit durch den Frieden von Versailles von Eduard Rosenbaum. 1920. Verlag: Hans Robert Engelmann, Berlin. 7,25 M.

Die in dem vorliegenden Heft gesammelten Aufsätze sind auf Veranlassung des „Wirtschaftsdienstes“ geschrieben und von ihm in den Nr. 48 und 50 des Jahrgangs 1919 und den Nr. 1, 3, 5, 7 und 9 des Jahrgangs 1920 veröffentlicht worden. Daß die Deutsche Liga für Völkerbund sie weiterer Verbreitung für wert erachtet, wird jeder verständige Leser billigen. Erstaunlich aber wird er es mit uns finden, daß die Tatsache des Abdrucks aus dem „Wirtschaftsdienst“ mit keinem Wort erwähnt ist. Wir begnügen uns, den seltsamen Fall zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen, die daraus ersehen mag, bis in welchen Aggregatzustand die einfachsten Rechtsbegriffe bei einigen unserer Zeitgenossen geraten sind.

K. S.

Deutschland

„Deutsches Baumwoll-Handbuch.“ Nach amtl. u. d. zuverlässigsten priv. Quellen bearb. u. hrsg. von R. C. Stempel. Jg. 6. 1919/20. Bremen: Selbstverl. 1919/20. Monatl. Ergänzungen = Bremer Baumwoll-Blätter 1919/20. Nr. 1–2.

Die neue Auflage bringt an neuen Aufstellungen: Gebührentarife und Standardliste der Bremer Baumwollbörse. — Weltrohfaserverzeugung in 1912 nach Mengen und Wert. — Deutschlands Einfuhr an Rohfaser 1913. — Preisdiagramm über Liverpools Baumwollnotierungen. — Baumwollausfuhr Amerikas. — Baumwollvorräte in Europa und Übersee am Ende der Quartale. — Ausfuhr von Baumwollstoffen der größeren Länder.

„Rathke's Adreßbuch der Zuckerindustrie Deutschlands und des Auslandes.“ Jg. 36. 1919/20. Magdeburg: Rathke (1919/20.) 10,— M.

Die neue Ausgabe enthält erstmalig seit Ausbruch des Krieges wieder neue Zahlen über die Zuckerproduktion.

„Das Messeproblem.“ Ein Beitrag zur Neuorientierung des deutschen Messewesens, unt. bes. Berücks. einer Hamburgischen Messe »Messe-Börse«. Von Stephan Hamers. Dat. Hamburg Dezember 1919. 6 Bl.

Verf. befürwortet eine Dreiteilung der deutschen Messe: Leipzig als Exportmesse, Frankfurt als technische Messe und Hamburg als internationale Messe-Börse. =dt.

„Ständige Ausstellungskommission für die deutsche Industrie.“ Jahrbuch für das 14. Geschäftsjahr 1920. (Berlin) 1920.

Bekämpft die Zersplitterung der Messen, die mehr kommunalen als industriellen Erwägungen zuzuschreiben sei. In einem Anhang: Preisgerichtsordnung für gewerbliche Ausstellungen und Übersicht der bevorstehenden Ausstellungen und Messen.

„Verkehrsentwicklung in Deutschland seit 1800“ (fortgef. bis zur Gegenwart) von Walter Lotz. 4. verb. Aufl. Leipzig und Berlin: Teubner 1920. 152 S. (Aus Natur und Geisteswelt. Bdchen 15.)

Verkehrsfragen stehen heute in einer Zeit mangelhaften Funktionierens unseres ganzen Verkehrswesens im Vordergrund des Interesses. Das im wesentlichen rückschauende Betrachtung pflegende Bändchen mag den Weg zu tieferem Verständnis derselben auf geschichtlicher Grundlage weisen. =dt.

„Schiffs- und Achsengrößen, Zeiten, Kosten und Frachtenbildung im bremischen Binnenverkehr“ im 18. u. 19. Jh. Hrsg. vom Bremischen Statistischen Amt. Bremen: Leuwer in Komm. 1919. XXXII, 54 S.

„Der Kraftwagenverkehr insbesondere in Deutschland.“ Von Alexander Hans Bornemann. Berlin: Heymann 1916. 106 S. Leipzig, Phil. Diss.

„Handelsgesetzbuch“ nebst Einführungsgesetz. Vom 10. 5. 1897, unt. Berücks. d. erg. Novellen. Textausg. mit Sachreg. 9. Aufl. Berlin und Leipzig: Vereinigung wiss. Verl. 1919. 373 S. Guttentag'sche Sammlung v. Textausg. ohne Anm. m. Sachreg.)

„Deutsche Aus- und Durchfuhrverbote“ 7. Aufl. Im Auftrage der Handelskammer zu Berlin ausgearbeitet von W. Pahl. Nach d. Stande v. 15. 12. 19. [Nebst] Erg. Bl. 1. (Veröffentl. d. Verkehrsbüros der Handelskammer zu Berlin. IX.)

„General Rules of Marine Insurance 1919“ adopted by the German Underwriters and drafted in collaboration with German Chambers of Commerce . . . under the auspices of the Hamburg Chamber of Commerce. Authorised Transl. prepared by Alfred Sieveking. Hamburg: Friederichsen 1920. 64 S. 5,50 M.

Es ist aufs freudigste zu begrüßen, daß die in Nr. 3 S. 52 angezeigten „Seeverversicherungsbedingungen“ durch die Übersetzung ins Englische für alle Welt zugänglich gemacht worden sind.

Rußland und der Bolschewismus

1) „Im kommunistischen Rußland.“ Briefe aus Moskau von Alfons Paquet. Jena: Diederichs 1919. 203 S.

2) „Der Geist der russischen Revolution“ von Alfons Paquet. Leipzig: Wolff 1919. XII, 108 S.

Unter der Fülle mehr oder weniger wertloser Bolschewismus-Literatur (die an Kriegsliteratur mahnt!) sind Paquets Bücher [1 u. 2] die besten. Glänzend beobachtet, viel gesehen — nur getrübt durch Literatenvorliebe fürs Besondere. Die Feststellungen der zweiten Schrift sind daher subjektiv — verzerrt und widersprechen den Eindrücken, die er in Moskau gewonnen hat. Was Paquet „Geist“ nennt, nennen andere Unklarheit. Praktische Anwendung Spenglerscher Gedanken, die im Leben anders und ideenleerer sind wie im Kopfe des Literaten Paquet. Im übrigen: dennoch das inhaltsreichste wenn auch verwirrendste, was über den nicht mehr realisierbaren Erlösungswahn des russischen, bankrotteten Bolschewismus des vorigen Jahres geschrieben

worden ist. Die letzten Worte des Wirtschaftsdiktators, Kommissar Krassin: „Ich bin genötigt zu bekennen, daß das Leben stärker war als die kommunistische Theorie“ — schaffen auch diese Bücher, die viel von Zukunft reden, zu Dokumenten unwiederbringlicher Vergangenheit um.

H. v. E.

„Unter der Herrschaft des Bolschewismus.“ Berichte, Erlebnisse, Bilder aus den Tagen der Räteregierung im Baltikum von Erich Koehrer. Berlin: „Der Firm.“ (1919.) 44 S.

Erinnerungen des Pressebeirats der deutschen Gesandtschaft im Baltikum. Zeitgeschichtlich bedeutsames Material — heute nur noch von historischem Wert, da der Bolschewismus ein anderer geworden und es zwecklos erscheint, ihm seine Sünden und Greuel mit Pathos vorzuwerfen. Die Zeit arbeitet schneller wie die Bolschewistengreuel-Literaten.

H. v. E.

„Das bolschewistische Rußland.“ Von Hans Vorst. Leipzig: Der Neue Geist-Verlag (1919). 262 S. 10,— M. Gesammelte Zeitungsberichte von einer Reise im Spätsommer und Herbst 1918 in die Sowjetrepublik, erweitert durch einige bisher unveröffentlichte Kapitel.

-dt.

„Ein Jahr im Dienste der russischen Sowjet-Republik“ von Michael Smilg-Benario. Berlin: „Der Firm.“ 1920. 77 S.

Die Schrift schildert Selbsterlebtes in lebendiger Weise und vervollkommen das Bild bolschewistischer Regierung, des Terrors und mißlungener Versuche.

H. v. E.

„Das wahre Gesicht des Bolschewismus.“ Tatsachen — Berichte — Bilder aus den baltischen Provinzen. November 1918 bis Februar 1919 von Erich Koehrer. Verlag für Sozialwiss. i. Komm. (1919.) Berlin.

Beweismaterial zur Geschichte des Terrors; Tatsachen zur Beurteilung der Gegenwart.

H. v. E.

1. „Die Organisation der Volkswirtschaft in Sowjetrußland.“ (Gesetze und Verordnungen.) Hrsg. vom Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus. Berlin: Kulturliga 1919. 54 S. (Sammlung v. Quellen z. Studium des Bolschewismus, H. 3.)

2. „Die Agrargesetzgebung der Sowjetrepublik.“ Hrsg. v. Generalsekretariat z. Studium d. Bolschewismus. Berlin: Kulturliga 1919. 48 S. (Sammlung von Quellen zum Studium des Bolschewismus, H. 2.)

Die Publikationen 1 und 2 sind für jeden, der die Wirtschaftsverhältnisse Rußlands kennen lernen will, unumgänglich notwendiges Material.

H. v. E.

„Die Gesetzgebung der Bolschewiki.“ Von H. Klibanski. Osteuropainstitut in Breslau. Leipzig u. Berlin: Teubner 1920. XII, 193 S. (Quellen u. Studien, Abt. 1, H. 2.)

Die Quellen und Studien des Osteuropa-Instituts ergeben besonders wünschenswertes Material zur Geschichte des russischen Bolschewismus. Die bolschewistische Gesetzgebung der Sowjetrepublik, die hier in ziemlicher Vollständigkeit wiedergegeben wird, ist besonders heute von Bedeutung, da sie beweist, wie blühend die gesetzgeberische Phantasie in der Sowjetrepublik gearbeitet hat und wie kläglich die Resultate derselben waren. Da das gesamte soziale Reformwerk in der Sowjetrepublik bereits aufgegeben worden ist, so gehört ihre Gesetzgebung — Beweis des Bankrotts Leninschen Marxismus — jetzt der Vergangenheit an. Zum Vergleich mit unserer sozialen Gesetzgebung z. B. unserem Betriebsrätegesetz kann aus dem Klibanski-Buch viel gelernt werden — zum Studium des Bolschewismus selbst ist es unersetzlich.

H. v. E.

„Russische Zukunft.“ Von Hermann von Rosen. Berlin: Lissner (um 1919). 39 S. 2,25 M.

Populäre Betrachtung über das russische Problem der Randstaaten. Ganz nützlich zur Orientierung für flüchtige Zeitungsleser.

H. v. E.

„Von der Willkür zum System.“ Zum Verständnis des lettischen Bolschewismus. Von V. Grüner. Berlin: Kulturliga (1919). 45 S. (Beiträge zu den Problemen d. Zeit. H. 14.)

Wer sich über den Bolschewismus in allen seinen verschiedenen Schattierungen und nationalen Sonderformen orientieren will, ist genötigt, bei Mangel von Zeitungen,

sich durch eine Menge verschiedenster kleiner und kleinster Broschüren durchzuarbeiten. Eine der bemerkenswertesten dieser Schriften ist die Schilderung des rigaschen Pastors Grüner über das System des lettischen Bolschewismus. Da nicht die Theorie und die Absichten der Bolschewisten, sondern das was sie wirklich geleistet haben, von Bedeutung ist, so kann die übersichtliche und gut durchdachte Schrift, die ein Niederschlag der Leidensgeschichte Rigas ist, empfohlen werden.

H. v. E.

„Die Industrie-Rohstoffe des Baltenlandes.“ Von M. von Glasenapp. Berlin, Riga, Leipzig: Würtz 1919. 15 S. (Baltische Bücherei Bd. 37.)

An Rohstoffen sind die beiden Staaten Lettland und Estland recht arm, für die europäische Wirtschaft kommen sie kaum in Betracht. Blauer Ton zur Herstellung von Portland-Zement, eisener Sand für Weißglas, Gips, zum Kalkbrennen geeigneter Kalkstein, Brennschiefer sind wohl das einzige, was an Rohstoffen zu nennen ist. Der Reichtum der beiden Ostseeländer besteht in Nadel- und Laubhölzern, in Flachs, z. T. Getreide. Die kleine Schrift ist zum Orientieren recht nützlich.

H. v. E.

„Kurland und Litauen in deutscher Hand.“ Von Paul Michaelis. 3. Aufl. Berlin-Steglitz: Würtz [um 1919]. 196 S.

Gut geschriebene Schilderungen von Land und Leuten. Zumal Litauen ist mit Sachkenntnis beobachtet, wenn sich auch seit der Niederschrift manches verändert haben dürfte; als Einführung ist dies Buch jedoch zu begrüßen. Der Verlag hat einige hübsche Bilder und eine Reihe guter Aufnahmen der Schrift beigegeben.

H. v. E.

Andere Länder Europas

„Englands Handelskrieg und die chemische Industrie.“ Von A. Hesse u. H. Großmann. Bd. 2-3. Stuttgart: Enke 1917-1919. [Bd. 2.] Neue Folge. England, Frankreich, Amerika. 1917. [Bd. 3.] Dokumente üb. d. Kali-, Stickstoff- u. Superphosphat-Industrie. 1919. (Aus: Sammlg. chemischer u. chemisch-technischer Vorträge. Bd. 25.)

Wer die Bedeutung der deutschen chemischen Industrie in und vor dem Weltkrieg kennt und sich mit den Maßregeln befaßt hat, die in den uns feindlichen Ländern zur Durchbrechung unseres Monopols in Anwendung gebracht worden sind, der wird den hohen Wert und die große Bedeutung der Hesse-Großmannschen Sammlung richtig zu würdigen wissen. Denn allein die wortgetreue Wiedergabe des ausländischen Materials über die einschlägigen Fragen kann ein richtiges Bild von dem entwerfen, was bei unsern Feinden geschehen ist. Die Sammlung kann daher Interessenten nicht warm genug empfohlen werden.

„The Statesman's Year-Book.“ Ed. by J. Scott Keltie. Publ. 56. 1919. London: Macmillan & Co. 1919.

„The Danish Export Review.“ Dansk Export Forenings Medlemsblad. Ed. by the Danish Export Association, Copenhagen.

Die altrenommierte Monatsschrift macht es sich bekanntlich zur Aufgabe, alle Fragen, die die dänische Ein- und Ausfuhr und die dänische Industrie betreffen, zu behandeln. Ihr Zweck ist die Förderung des dänischen Aussenhandels, dem dient auch die Vermittlungstätigkeit der Herausgeber.

„Sammlung von deutsch-österreichischen Gesetzen und Verfügungen“ betr. Währungsmaßnahmen, Vermögenskonstruktion und Steuerflucht. Hrsg. v. Verband österr. Banken u. Bankiers mit einl. Aufsätzen v. Egon Bergson-Sonnenberg, Max Gläßer [u. a.] Lfg. 1-3. Wien: Holzhausen 1919.

„Dietrich Reimer's Handkarte von Deutsch-Österreich und der Tschecho-Slowakei“ bearb. von Fried. Lange. 1:1 000 000. Berlin: D. Reimer [um 1919.] 92×62 1/2 cm [Lith. kol.]

„Anbauflächen und Ernteergebnisse in Österreich“ (d. landwirtschaftl. Bodenprodukte in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern mit Ausnahme Galiziens u. d. Bukowina) i. Jahre 1914. Wien 1915: Hof- u. Staatsdr.